

Pressemitteilung AWO Bundesverband e. V., 09.08.2011

Für Ausbau der Kinderbetreuung Bund und Länder gemeinsam verantwortlich

Berlin, 09. August 2011. „Anstatt sich gegenseitig den schwarzen Peter zu zuschieben, sollten alle relevanten Akteure gemeinsam nach einer Lösung suchen“, kommentiert der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler die aktuelle Beschwerde des Bundesfamilienministeriums zur mangelnden Finanzierungsbeteiligung der Länder am Ausbau der Kindertagesbetreuung für die unter Dreijährigen. Das vom Ministerium geforderte „Investitionsmonitoring“ über die Verwendung der Bundesmittel führe nicht zwangsläufig zu den dringend erforderlichen Ausbauaktivitäten. „Nur durch gemeinsames Handeln von Bund, Ländern und Kommunen gelingt eine erfolgreiche Familienpolitik“, fordert Stadler.

Nach wie vor fehlen fast überall Betreuungsangebote für die Kleinsten. „Gerade berufstätige Mütter und Väter brauchen eine gut zu erreichende, qualitativ gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung“, erklärt Stadler. Dies wäre der erste Schritt, um Familienpolitik erfolgreicher als bisher gestalten zu können. „Wir müssen mehr über die Bedarfe der Familien erfahren und herausfinden, welche Faktoren junge Menschen motivieren, Familie zu gründen und Kinder zu bekommen“, so Stadler weiter. Die erschreckend niedrige Geburtenrate in der Bundesrepublik sollte, laut dem AWO Bundesvorsitzenden, Anlass dazu geben, „Kinder und ihre Familien mehr als bisher in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu stellen.“ Die Lösung sieht die AWO in einer Stärkung der Kommunen, da sie der erste Ansprechpartner für Familien und deren Kinder sind. „Nur wenn sie in die Lage versetzt werden, den verschiedenen Bedürfnissen von Familien entgegenzukommen, kann der Betreuungsausbau gelingen“, betont Stadler abschließend.